

Jetzt ist die Politik am Zug

GUTACHTEN: STAUFENER HEBUNGEN DURCH GEOTHERMIE-BOHRUNGEN VERURSACHT

Die dramatischen Hebungen in der historischen Staufener Altstadt sind eine direkte Folge der 140 Meter tiefen Geothermie-Bohrungen unweit des Rathauses im September 2007. Durch die Bohrungen sind wasserführende Schichten in 60 bis 100 Metern Tiefe mit quellfähigen Gipsvorkommen verbunden worden, das Grundwasser stieg nach oben, der Gips quoll auf und hob einen 280 auf 180 Meter großen Bereich im Kern der Fauststadt bis heute um rund 25 Zentimeter himmelwärts. Den Schaden an mittlerweile knapp 250 Häusern taxieren Experten auf mindestens 40 Millionen Euro.

Nach den jetzt vom Freiburger Regierungspräsidium neu vorgestellten Erkenntnissen könnten die geschädigten Hausbesitzer nun den Auftraggeber der Bohrungen, das Staufener Rathaus, verklagen. „Wir gehen jetzt davon aus, dass die Bohrungen kausal für die Hebungen sind“, sagt Thomas Steiger, der Gründer der auf Bau- und Architektenrecht spezialisierten Kanzlei Steiger, Schill & Kollegen, die die Stadt Staufen vertritt.

Gefragt sei aber eine politische Lösung, denn selbst wenn das Staufener Rathaus aus einem langwierigen Gerichtsverfahren als Schuldiger hervorginge, selbst wenn die genehmigende Behörde, das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau, vor dem Kadi verlöre und in der Folge etwa der Bohrfirma Wälderbau aus Österreich nachgewiesen werden könnte, dass sie eine mangelhafte Leistung erbracht hätte: Weder die Haftpflicht-



Touristen-Attraktion Staufen: Die Häuserrisse ziehen die Menschen an, auch der ehemalige Ministerpräsident Günther Oettinger war schon vor Ort und versprach Hilfe. Fotos: © ddp

versicherung der Österreicher noch die Staufener Gemeindekasse könnten den bereits entstandenen und den sich noch ergebenden Schaden auch nur annähernd regulieren. „Genau deswegen versuchen wir jetzt mit einer Kanzlei in Frankfurt, der Interessengemeinschaft der Riss-Geschädigten in Staufen und dem Land Baden-Württemberg gemeinsam eine Schlichtungsordnung zu erarbeiten, die eine Grundlage für



Thomas Steiger
Foto: © privat

die Entschädigungen bilden kann“, erklärt Steiger. Diese würde an vergleichbare Ordnungen angelehnt, die Schäden durch Bergbau regulieren. „Wenn es keine politische Lösung gibt, sondern alles streitig vor den Gerichten ausgetragen wird, überleben das die privaten Hausbesitzer nicht.“

Immerhin konnte das Landesamt die Hebungen mittlerweile verlangsamen: Ein Erkundungsbohrschacht wurde als Brunnen zweckentfrem-



det, in dem nun Grundwasser abgepumpt wird, wodurch sich der Wasserspiegel senkt. Zudem wurden die sieben Geothermie-Bohrlöcher verpresst, um den Wasserfluss in den Gipskeuper zu stoppen.

Wann die Hebungen endgültig zum Erliegen kommen, ist aber völlig offen. „Das ist wie bei einem Tanker, bei dem die Maschinen ausgemacht werden, der fährt trotzdem noch ein Stück weiter durchs Meer“, sagt Steiger. Das Land hat bisher vier Millionen Euro zugesagt. In einer ersten Stufe soll dieses Geld für die Instandhaltung der Häuser verwendet werden. Erst wenn der Tanker zum Stillstand kommt, können die Häuser saniert werden. So unklar die Schadenssumme, so klar ist nach Staufen, dass an Geothermie-Projekte fortan höhere Qualitätsanforderungen gestellt werden. Für die Kanzlei Steiger, Schill & Kollegen bietet der Fall indes eher höhere Quantitätsanforderungen: Ein neuer Baurechtsexperte ist bereits verpflichtet. **bar**